

Corona als Herausforderung und Chance für lokale Politik

von Steffen Jähn¹

Die Corona-Pandemie stellt weltweit noch immer Regierungen und Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. Offen ist dabei, welche der teils sehr massiven Auswirkungen der Krise die sozialen Verhältnisse in den kommenden Jahren weiterhin prägen werden. Auf der Ebene von Städten und Quartieren werden soziale Auswirkungen der Krise besonders deutlich. Allerdings gibt es dort wichtige Impulse für die Bewältigung der Krise und ihrer Folgen.

Gesellschaftswissenschaftlich werden die Pandemie und ihre Auswirkungen vor dem Hintergrund des dem Griechischen entnommenen Begriffs der „Krisis“ diskutiert. Im medizinischen Sinn bezeichnet Krisis die Verschlechterung des Gesundheitszustandes eines Patienten in einer Phase der Krankheit, auf die dann entweder Besserung oder der Tod folgt. Daran angelehnt wird aktuell die Pandemie-induzierte Krise als Zuspitzung bis dahin eingeschlagener politischer, sozialer und ökonomischer Entwicklungen, beziehungsweise als historischer Wendepunkt verhandelt. Diese Diskussionen beziehen sich auf globale Trends mit langfristigen Implikationen, aus ihnen können aber auch wesentliche Hinweise für einen Umgang mit dieser Sondersituation auf der lokalen Ebene entnommen werden.

Die Zuspitzung und Fortführung multipler Krisenerscheinungen einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betonen Alex Demirovic und Lia Becker (2020). Sie verweisen auf Resonanzeffekte im Gesundheitsbereich, im politischen Raum, in der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung sowie in der Durchsetzung bestimmter wirtschaftlicher Interessen, die in der Pandemie erzeugt werden. Politische Entscheidungen, die für konsequente

Eindämmungsmaßnahmen erforderlich gewesen wären, wurden ihrer Ansicht nach deshalb nicht getroffen, weil bestimmte politische sowie wirtschaftliche Interessen dies blockiert hätten. Dabei ist die Aushebelung von Parlamenten, insbesondere durch das am Anfang der Pandemie praktizierte Regieren per Verordnung als eine Vertiefung einer länger schon gärenden Demokratiekrise zu sehen. Deren Symptome äußern sich unter anderem darin, dass eine beträchtliche Zahl staatlicher Entscheidungen der öffentlichen Kontrolle entzogen wurden. Das hat dazu geführt, dass die Akzeptanz der Regierungsform Demokratie in der Bevölkerung geschwunden ist. In der Krise führt zudem die unzureichende Ausstattung öffentlicher Infrastrukturen dazu, dass Fürsorge- und Pflegeaufgaben in den privaten Bereich verlagert werden, wodurch im Speziellen Frauen und privat finanzierte Pflegekräfte verstärkt die Krisenlasten tragen müssen. Zusammengekommen tragen diese Faktoren dazu bei, dass sich in der Pandemie und ihrer Bewältigung alte und neue Ungleichheiten zuspitzen. Die Krise belastet ärmere Menschen, Ältere und Vorerkrankte stärker und Ungleichheiten zeigen sich entlang der Verfügbarkeit individueller sozialer Netzwerke sowie anhand der digitalen Alphabetisierung.

Klaus Dörre (2020) und Hartmut Rosa (2020) diskutieren hingegen das von der Coronakrise ausgehende Potenzial zur Veränderung. Unter dem Eindruck leer gefegter Innenstädte, eines Himmels ohne Flugzeuge sowie eines kurzzeitig aufscheinenden Primats der Politik über die Interessen der Wirtschaft, sehen beide in der Pandemie eine Chance zu einer politischen

¹ Steffen Jähn ist Wissenschaftler beim vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Veränderung; um auf globaler Ebene die drängenden Fragen des ökologischen Wandels sowie einer sich permanent verstärkenden sozialen Ungleichheit neu zu verhandeln und intensiver zu bearbeiten.

Es stellt sich also die Frage, wie die Corona-Pandemie im Lokalen gesellschaftliche Verhältnisse zuspitzt und inwiefern die Krise wiederum als Chance zur Veränderung genutzt wird.

Insbesondere bei sozialer Ungleichheit in ihren unterschiedlichen Ausdruckformen sowie ihrer Bearbeitung auf Ebene von Städten und Quartieren sind bereits solche politischen Aushandlungsprozesse und Bewältigungsstrategien zu beobachten. Denn mit der ökonomischen Globalisierung der letzten Jahrzehnte gingen auch wachsende Disparitäten der Ressourcenverteilung innerhalb von Städten einher. Durch wachsende Mobilität sowie dem vermehrten Einsatz digitaler Kommunikationstechnologien, verändern sich Bezüge zum lokalen Raum insgesamt.

Das Entstehen lokaler Politikakteure ist dabei als das Resultat der Krisenhaftigkeit des internationalen Wirtschaftssystems sowie dem Unvermögen nationaler Regierungen zu verstehen, diese Krisenhaftigkeit einzuhegen und Verfahren der demokratisch legitimierten Willensbildung unterzuordnen. Ihre Interessenartikulation auf städtischer Ebene stellt deshalb häufig „eine Hinwendung zur pragmatische[n – S.J.] Politik der kleinen Siege“ (Vollmer 2017: 150) dar, die darauf abzielt, Forderungen aus der Bevölkerung unmittelbar im Output lokalstaatlichen Handelns zu verankern. Und in zunehmenden Maße entstehen Akteure, die mit politischer Intervention und sozialer Innovation ihre lokalen Gemeinwesen zwar als abhängig von übergeordneten Entwicklungen begreifen, aber durchaus als durch ihr Handeln veränderbar (Schnur et al. 2019). Neben wachsenden Herausforderungen kann sich lokale Politik somit ebenfalls auf die Ressourcen einer gestaltungswilligen Bevölkerung stützen.

Stadt und sozialer Wandel

Städtische Politik befindet sich in einem Balanceakt. Einerseits sieht sie sich häufig mit wirtschaftlicher Stagnation, schwankenden Steuereinnahmen, sowie der Abhängigkeit von wechselnden Programmstrukturen übergeordneter politischer Einheiten konfrontiert. Andererseits soll sie den in ihrem Wirkungsbereich vielfältiger werdenden sozialen Herausforderungen gerecht werden. Diese liegen oft in einer Permanenz von Armutslagen, die meist durch gering bezahlte Arbeitsverhältnisse, zeitliche Befristungen sowie häufige Wechsel zwischen Arbeitsaufnahme und Transferbezug bedingt sind. Alleinerziehende, Migrant_innen und Renter_innen sind hiervon häufig betroffen. Armutsindikatoren wie ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, Langzeiterwerbslosigkeit sowie der Anteil von Minderjährigen im Transferbezug, blieben trotz eines Jahrzehnts der wirtschaftlichen Prosperität auf einem hohen Niveau (BMAS 2021).

Nicht zuletzt deshalb forderten Städte und Gemeinden noch unmittelbar vor der Krise mehr Spielräume bei der Förderung benachteiligter Gruppen. Sie regten gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene an, um besonders den erhöhten Bedarf von Kommunen in strukturschwachen Regionen Rechnung zu tragen und ihnen größere Gestaltungsspielräume bei der Vergabe von Sozialmitteln einzuräumen (Deutscher Städtetag 2020).

Zudem führten internationale Zuzüge und Binnenwanderungsbewegungen im letzten Jahrzehnt zu einer weiteren ambivalenten sozialen Dynamik. Manche ehemaligen Industrie-regionen sowie ländliche Gegenden erfuhren Fortzüge jüngerer und gut gebildeter Menschen. Wirtschaftsstarke Regionen und Städte mit wissensbasierten Betrieben hingegen verzeichneten deutliche Zuzüge. Dort ergab sich eine überproportionale Nachfrage nach Wohnraum. Allerdings führten an diesen Orten steigende Bodenpreise, Baukosten und Mieten zu neuen sozialen Verwerfungen. In einigen Städten beanspruchen gegenwärtig die Wohnkosten einen

erheblichen Anteil des Einkommens einer Vielzahl privater Haushalte (Faller et al. 2021).

Schließlich vergrößert ein personeller und sachlicher Investitionsstau öffentlicher Infrastrukturen zusätzlich soziale Verwerfungen. Denn diese Infrastrukturen sollen als Einrichtungen, Dienstleistungen und Institutionen Teilhabe und individuelle Verwirklichungschancen für breite Teile der Bevölkerung unabhängig von deren Einkommen gewährleisten (Böhme & Prigge 2015). Deren eingeschränkte Funktionen, die sich etwa in der Überbeanspruchung des Personals, in einem mit hohen Kosten verbundenen oder eingeschränkten Angebot äußern, benachteiligen vor allem diejenigen zusätzlich, die diese Defizite nicht durch private Ausgaben kompensieren können.

Allein im kommunalen Zuständigkeitsbereich für Gesundheit wird der Investitionsbedarf auf 600 Millionen Euro geschätzt (Raffer & Scheller 2021). Und hätte man noch vor der Krise in Krankenhäusern etwa den selben Schlüssel an Pflegepersonal wie in anderen europäischen Ländern erreichen wollen, hätten hunderttausende neue Stellen geschaffen werden müssen (Heintze et al. 2020).

Ähnliches gilt für den Bildungsbereich. Zwar sind hier bundesweit die Ausgaben gewachsen. Mit größer werdenden sozialen Verwerfungen wuchsen allerdings die an Schulen, Kitas, Jugendhilfe und außerschulische Bildungsträger gestellten inhaltlichen Erwartungen. Diesen Anforderungen stand ein offener Personalbedarf zirka 800.000 Vollzeitstellen (Heintze et al. 2020) gegenüber. Im Bereich der kommunalen Zuständigkeiten geben Verantwortliche einen Investitionsbedarf für Schulen in Höhe von 46,5 Mrd. Euro (Raffer & Scheller 2021) und für Kindertageseinrichtungen mit 9,1 Mrd. Euro (ebd.) an.

Vielfach werden an Sozialpolitik Ansprüche nach Inklusion, also der Einbeziehung möglichst vieler und insbesondere schwer erreichbarer Gruppen, sowie nach Resilienz, also der Nachhaltigkeit der Maßnahmen, formuliert. Um diesen auch trotz einer schwierigen kommunalen Haushaltslage nachzukommen, sind an vielen

Orten eine Reihe sozialer Innovationen entstanden. Vielfach handelte es sich dabei um sektorale Netzwerke. Etwa im Rahmen regionaler und kommunaler Gesundheitsförderung und Bildungslandschaften vernetzen sich Behörden, Institutionen und soziale Dienste ressortübergreifend und zielorientiert, häufig um die Teilhabe benachteiligter Gruppen zu verbessern. Vielerorts erhalten diese Themen größere Aufmerksamkeit, es kommt zu Synergieeffekten und es werden mitunter auch von privaten Akteuren zusätzliche Ressourcen bereitgestellt.

In der Pandemie zeigten sich soziale Ungleichheiten unvermittelt. Sie forderte daher schon länger etablierte und neuere Herangehensweisen der kommunalen Sozialpolitik heraus.

Pandemie als Herausforderung prekärer Lebenslagen

Weltweit zieht die Covid-19-Erkrankung eine Gesundheitskrise mit hunderten Millionen Betroffenen und Millionen Toten nach sich. Zudem zeitigt die Krise global paradoxe Folgeerscheinungen: während in den Krisenjahren etwa 75 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen (ILO 2021), nahm auf der anderen Seite der Wohlstand zu. Insgesamt stieg 2020 die Zahl der Milliardäre um 660 Personen auf gesamt 2.755 im Vergleich zum Vorjahr und die Vermögen der zehn reichsten Menschen verdoppelte sich im selben Zeitraum auf fast 1,15 Trillionen Dollar (Forbes 2021).

Ähnlich wie in anderen Wohlfahrtstaaten des globalen Nordens, traten in der Bundesrepublik solche Verwerfungen deshalb vermittelt auf, weil viele administrative und produktionsbasierte Wirtschaftsbereiche nach Beendigung der anfänglichen Lockdown-Maßnahmen weitgehend ungehindert weiterarbeiten konnten und weil unternehmensbezogene Förderungen und Kredite sowie Maßnahmen der Beschäftigungssicherung griffen. Viele Arbeitsplätze im Verwaltungsbereich konnten mobil weitergeführt werden. Durch die Einführung digitaler Projektsteuerungs-instrumente und Kommunikationsplattformen werden sogar unmittelbar

enorme Effizienzsteigerung und Kostenreduktion durch beschleunigte Abstimmungsprozesse und verminderte Reiseaufwendungen erwartet.

Dennoch fiel 2020 das Brutto-Inlandsprodukt um 5% und die Erwerbslosigkeit stieg im Februar 2021 insgesamt um 509.000 auf 2,9 Millionen Personen im Vergleich zum Vorjahresmonat (Bundesagentur für Arbeit 2021). Die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit wuchs auf beinahe 6 Millionen Meldungen im April 2020: Mit rund einem Sechstel aller Arbeitskräfte in der Bundesrepublik ein Rekordwert seit der Einführung dieses Instruments (ebd.).

Die durch Corona ausgelöste Krise auf dem Arbeitsmarkt äußerte sich in erster Linie als eine Krise prekärer Arbeitsverhältnisse. Für geringfügig bezahlte Beschäftigungsverhältnisse bestand bei Kurzarbeitsgeld und Arbeitslosenhilfe die Problematik, dass diese Beziehenden vielfach nur einen Teil ihres Einkommens erzielen und somit ihre laufenden Kosten nicht mehr decken konnten. Insbesondere die „atypischen“ Beschäftigungsverhältnisse – Minijobs und Soloselbständigkeit – gerieten in den öffentlichen Fokus. Diese Arbeitsverhältnisse wurden einst politisch gefördert, um Übergänge vom Transferbezug in den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Für das Jahr 2020 vermeldete die Bundesagentur für Arbeit für Minijobs und soloselbständige Arbeitsverhältnisse gemessen an ihren Anteil am gesamten Arbeitsmarkt eine überproportionale Zunahme an Arbeit-suchenden. Da diese Personen weder einen Anspruch auf Kurzarbeitsgeld, noch auf Arbeitslosenhilfe erworben hatten und Soloselbständige zudem weitgehend aus dem Rahmen staatlicher Förderkriterien für Unternehmen fielen, waren sie auf die Beantragung von Leistungen der Grundsicherung angewiesen (ebd.). Einige Branchen wie der stationäre Handel, der Tourismus oder das Transportwesen waren insbesondere von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen. In erster Linie vom Tourismus geprägte Regionen verzeichneten dafür eine stärkere Zunahme krisenbedingter Erwerbslosigkeit (ebd.).

Es bleibt abzuwarten, wie sich in Großstädten die durch die Krise bedingte

Steigerung von Marktanteilen von onlinebasiertem Handel oder Start-Up-Lieferdiensten auf die dortige Beschäftigungssituation auswirken wird. Zudem dürften veränderte Arbeitsprozesse neue Bedarfe an Büroflächen sowie veränderte Pendel-, Geschäfts- und Warenverkehre und Konsumgewohnheiten nach sich ziehen und Städte vor neue planerische Herausforderungen stellen.

Vielfach beanspruchte öffentliche Infrastrukturen

Im Gesundheitsbereich zeigten sich im März und April 2020 vor allem Defizite in der Bevorratung von Schutzausrüstungen und Hygieneartikeln, bestimmter Medizintechnik sowie im Zugang der gesundheitlichen Vorsorge und Aufklärung zu Teilen Bevölkerung (Welti 2020). Außerdem wurden starke Nachholbedarfe in der Nutzung digitaler Vernetzung und personeller Ausstattung der Gesundheits-verwaltungen deutlich (ebd.).

Als gravierend erwies sich in der Pandemie über lange Strecken der Mangel an Pflegekräften in Kliniken. Diese stießen zumeist dort an ihre Kapazitätsgrenzen, wo dieses Personal fehlte (Deutsche Krankenhausgesellschaft 2021).

Mitunter hing das Risiko einer schwer oder tödlich verlaufenden Infektion mit dem sozialen Status zusammen. Neben erhöhten Risiken für über 70-Jährige, waren es bestimmte Vorerkrankungen, die einen schwereren Krankheitsverlauf begünstigten. Erkrankungen der Lunge oder Adipositas stellen ein solches Risiko dar. Unter beiden Erkrankungen leiden Menschen mit niedrigeren Einkommen oder einem niedrigeren Bildungshintergrund häufiger (Lampert 2010).

Es zeigte sich zudem, dass es in manchen Phasen der Pandemie in benachteiligten Sozialräumen häufiger zu Infektionen kam. Dabei wurde der Zusammenhang von Infektionsgeschehen und unmittelbaren Erfordernissen der Alltagsbewältigung an verschiedenen Stellen deutlich.

Insbesondere sehr prekäre und wenig abgesicherte Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie rückten im Sommer 2020 in den öffentlichen Fokus. Hier begünstigten Gemeinschaftsunterbringungen und unzureichende Infektionsschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz Massenerkrankungen unter den Beschäftigten.

Zudem wurden Wohnverhältnisse immer wieder mit einem erhöhten Infektionsgeschehen in Zusammenhang gebracht. Vor allem in benachteiligten Sozialräumen in Großstädten, kam es an verschiedenen Punkten der Pandemie zu einem besonders intensiven Infektionsgeschehen.

Eine Datenauswertung der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (2020) offenbart, dass im Herbst 2020 Bezirke mit höheren Armutsindikatoren von einer rasanteren Ausbreitung des Virus betroffen waren. Faktoren, wie die räumliche Nähe in beengten Wohnverhältnissen, Angewiesenheit auf Berufsausübung vor Ort und dementsprechend auf externe Kinderbetreuung, wurden als Treiber von Infektionsgeschehen identifiziert.

Bildung und Betreuung unterm Brennglas

Neben der starken Beanspruchung von Gesundheitseinrichtungen und einem sozial ungleich gewichteten Infektionsgeschehen, waren Bildungs- und Betreuungseinrichtungen wesentliche soziale Infrastrukturen, an denen sich Ungleichheit verstärkende Auswirkungen der Krise zeigten.

Hierzu trug die weitreichende Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei. In einigen Regionen wurde deren Angebot phasenweise auf bis zu 30% der üblichen Auslastung eingeschränkt (Autorengruppe Corona-KiTa-Studie 2021). Vielfach kam es dadurch zu einer Re-Traditionalisierung von geschlechtlicher Arbeitsteilung, da in erster Linie Frauen die anfallenden Aufgaben der Betreuungs- und aushilfsweisen Lernunterstützung übernahmen (Geis-Thöne 2020).

Vielfach schien auf, dass das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in dieser besonderen Situation stark mit Familienstrukturen zusammenhing. Dieses verschlechterte sich dort, wo Kinder in beengten Wohnverhältnissen lebten und wo gerade Alleinerziehende nicht auf die Unterstützung eines Familien- und Bekanntenkreises zurückgreifen konnten. Zudem verbrachten Kinder aus Familien mit einem weniger privilegierten Bildungshintergrund mehr Zeit mit passivem Medienkonsum (ebd.).

Eine Befragung unter Lehrkräften zeigte, dass 77% von ihnen davon ausgingen, dass Fernunterricht weniger effektiv ist als Vor-Ort-Lehrformate (Eickelmann & Drossel 2020). Dabei war nur bei einem Teil der Schulen zu diesem Zeitpunkt eine digitale Lernplattform vorhanden (ebd.). Es waren so genannte digitale Vorreiterschulen, die bereits auf vorhandene technische Einrichtungen und Konzepte zurückgreifen konnten und deren Lehrkräfte sich wesentlich optimistischer in Bezug auf den Lernerfolg unter Homeschoolingbedingungen äußerten. Überdies zeigte sich ein Unterschied zwischen Gymnasien, bei denen sich 48% der Lehrkräfte auf digitalen Unterricht vorbereitet fühlte, dies aber lediglich bei 36% der übrigen weiterführenden Schulformen der Fall war (ebd.).

Das Bundesbildungsministerium (2021) geht davon aus, dass sich bei 20 – 25% der Schüler_innen in der Pandemie Lernrückstände aufgebaut haben. Daher zielten die von der Bundesregierung aufgelegten Aktionsprogramme darauf ab, vor allem die Lücken digitaler Infrastrukturen zu schließen sowie Angebote der Nachhilfe und des non-formalen Lernens zu fördern. Dennoch besteht nach wie vor das Risiko, dass Lernrückstände, die durch Unterrichtsausfall und Distanzlernen entstanden sind, vor allem in bildungsbenachteiligten Milieus langfristig nachwirken.

Vernetzungsstrategien vor Ort

Gegenüber diesen vielfältigen Bedarfen gibt es zahlreiche Beispiele unmittelbarer

Kriseninterventionen, wo Kommunen soziale Härten durch gemeinsames Handeln unterschiedlicher staatlicher und stadtgesellschaftlicher Akteure abmilderten. Sie leisteten oft dort Unterstützung, wo unmittelbar durch Pandemie und Lockdown Lebensroutinen gestört wurden und Selbsthilfekräfte nicht wirken konnten. Vor allem Netzwerke zwischen verschiedenen Akteuren der kommunalen Verwaltung, sozialen Trägern und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die oft über Jahre hinweg entwickelt wurden, erweisen sich in dieser Lage als belastbar.

Im Gesundheitsbereich etwa konnten einige Kommunen beim Aufbau von Pandemiestäben auf etablierte Strukturen der Gesundheitsförderung zurückgreifen. Mancherorts wurden Kommunen schon in einer frühen Phase der Pandemie aktiv, indem sie Testkapazitäten für besonders vulnerable Gruppen organisierten, um diesen eine größere selbständige Alltagsgestaltung zu ermöglichen. Die Einführung von Sonderöffnungszeiten oder gesonderten Taxidiensten für ältere und vorerkrankte Menschen, ermöglichten es diesen, sich freier im öffentlichen Raum zu bewegen. Einige Kommunen stellten zudem frühzeitig FFP2-Schutzmasken bereit. Und wiederum manche Städte setzten auf eine besonders ausführliche lokale Datenberichterstattung über das Infektionsgeschehen, um für die Bevölkerung eine bessere Risikoabschätzung auf individueller Ebene zu ermöglichen (Mallwitz 2020). Auch wurden zum Beispiel in Berlin-Neukölln interkulturelle Aufklärungsteams eingesetzt, um insbesondere die nicht-deutschsprachige Bevölkerung über Gesundheitsrisiken sowie Hilfemöglichkeiten aufzuklären. Ab dem Frühjahr 2021 sollten sozialraumbezogene Impftermine in benachteiligten Quartieren einem dort stark ausgeprägten Infektionsgeschehen entgegenwirken und die dortige Bevölkerung gezielt gegen eine weitere Ausbreitung immunisieren.

Bemerkenswert war die Organisation von Hilfsangeboten durch Privatpersonen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen insbesondere während des ersten Lockdowns. Diese Hilfen kamen vor allem im Frühjahr 2020 jenen zu Gute,

die aufgrund von Ängsten vor einer Corona-Infektion, durch Einschränkungen des sozialen Umfelds oder durch Quarantänemaßnahmen nicht in der Lage waren, Besorgungsgänge, Einkäufe oder die Versorgung von Haustieren selbst zu erledigen.

Über die Internetseite hilf-jetzt.de waren bundesweit vor allem Angebote online erreichbar, bei denen Kommunen in Zusammenarbeit mit Sozialträgern, Freiwilligenagenturen, einem Softwareprovider und freiwillig Helfenden, Unterstützung vor Ort zu organisierten (Becker et al. 2021). An vielen Orten zeigte sich überdies spontane und selbstorganisierte Solidarität. Gerade jüngere Menschen vernetzten sich online in Social-Media und in Chatgruppen. Sie organisierten meist direkt Hilfen in ihrem Stadtteil für diejenigen, die durch die Krise in ihrer autonomen Lebensführung eingeschränkt wurden. Beobachtet wurde dabei, dass bestehende Beziehungen in Nachbarschaften gestärkt, mitunter aber auch neue Personen an Engagement in der Nachbarschaft herangeführt und neuere Initiativen stärker in die Nachbarschaftsarbeit integriert werden konnten (ebd.).

Durch die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen fehlte es vielen Kindern und Jugendlichen an Kontakt zu Gleichaltrigen sowie an Erfahrungen und Lehrinhalten jenseits des digitalen Schulunterrichts. In einer Reihe lokaler Bildungsnetzwerke gibt es exemplarische Beispiele dafür, wie hier unterschiedliche Akteure aktiv wurden, um insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Dort wurden durch aktorsübergreifendes Handeln Angebote des non-formalen und informellen Lernens geschaffen. Hierbei kooperierten bundesweit verortete Organisationen sowie quartiersbezogene Bildungsanbieter mit Schulen, Kindertagesbetreuungs- und Jugendhilfeeinrichtungen. Ein zentrales Handlungsfeld war hierbei die technische sowie die didaktische Unterstützung bei der Erstellung online abrufbarer digitaler Inhalte. Häufig wurde pädagogisches Personal, aber auch die Kinder und Jugendlichen befähigt, digitales Lernmaterial und Inhalte selbst zu erstellen. Es entstanden

gestreamte Vorlese- und Bastelnachmittage, selbst erstellte Videos von Spielen zum Nachmachen und solche, bei denen sich lokale Institutionen, wie etwa das Rathaus oder die Feuerwehr selbst vorstellten (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung 2021). Während der Phase der Lockerungen im Sommer 2020 gab es immer wieder Beispiele für Initiativen außerschulischer Akteure in benachteiligten Sozialräumen, die Kultur-, Spiel- und Bewegungsangebote für Kinder in Kleingruppen schufen (QBZ Morgenland 2020).

Diese Beispiele zeigen, dass sich Handeln auf Ebene von Stadt und Quartier dort als agil erwies, wo Kooperationen mit vielfältigen Akteuren in Netzwerken in den Jahren zuvor etabliert worden waren. Dort bestand in der Krise die Möglichkeit, benachteiligte Gruppen zu unterstützen, auch wenn Regeleinrichtungen nur bedingt handlungsfähig waren.

Zuspitzung oder Chance – Vorläufige Schlüsse

Durch die Pandemie spitzten sich etwa im Bildungs- und im Gesundheitsbereich sowie der Nachbarschaftsunterstützung Bedarfe zu. Viele dieser Handlungserfordernisse fielen in den Zuständigkeitsbereich von Kommunen und konnten ebendort trotz einiger Widrigkeiten zumeist durch koordiniertes Handeln bewältigt werden.

Für die nähere Zukunft bleibt abzuwarten, wie die Pandemie den wirtschaftlichen Wandel beeinflusst. Dabei verweisen gerade die Krisenanfälligkeit prekärer Arbeitsverhältnisse sowie soziale Absicherungslücken darauf, dass ein eng gefasster gesetzlicher Rahmen zur deren Regulierung notwendig ist, um dem Anspruch von Resilienz und Inklusion in der Sozialpolitik besser gerecht zu werden. Ähnliches gilt für soziale Infrastrukturen. Dort wurde in der Pandemie ein dringender Bedarf an einer besseren personellen sowie sachlichen Ausstattung sichtbar. Über die Pandemie hinaus werden hier Bemühungen erforderlich sein, damit diese Infrastrukturen in

der Lage sind, ihrem Versorgungsauftrag auch weiterhin nachzukommen.

Auf Bundesebene fordern einige Parteien in ihren Wahlprogrammen mittlerweile eine Einhegung prekärer Arbeitsverhältnisse, etwa durch enger gefasste gesetzliche Vorgaben zur Befristung sowie eine Anhebung des Mindestlohns. Zudem finden sich vielfach Vorschläge, die vorsehen, die personelle sowie die sachliche Ausstattung in Gesundheits- und Bildungsinfrastrukturen zu erhöhen. Diese Forderungen mögen der Beobachtung geschuldet sein, dass sich Ungleichheit auch im Jahrzehnt der wirtschaftlichen Prosperität keineswegs verringert hat. Die Erfahrungen der Pandemie dürften zudem noch deutlicher gemacht haben, dass in Krisensituationen prekäre Lebensverhältnisse sowie ein eingeschränkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen Ungleichheit noch weiter intensivieren.

Forderungen nach einer gut ausgestatteten, breit zugänglichen Infrastruktur, die mittlerweile auch von Koalitionen innerhalb der Stadtöffentlichkeit formuliert werden, sind darüber hinaus Indizien für ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutsamkeit sozialer Infrastrukturen für urbane Lebensqualität. In Berlin etwa verweist aktuell eine Allianz zwischen gewerkschaftlich organisierten Krankenhausbeschäftigten und der hiesigen Mietenbewegung darauf, dass hier ein Lernen aus den Erfahrungen der Krise stattgefunden hat. Sie verbinden Forderungen nach einer Begrenzung von Lebenshaltungskosten, auskömmlicher Entlohnung sowie einer gut ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur (Bizim Kiez 2021).

Nutzt Politik die Chancen, die sich jetzt bieten, kann dies dazu beitragen, Infrastrukturen zu stärken und soziale Teilhabe denjenigen zu ermöglichen, die kaum vom Wirtschaftsaufschwung des Vorkrisenjahrzehnts profitiert haben. Somit kann diese Krise ein Motor für eine gesellschaftliche Veränderung hin zu inklusiveren Gemeinwesen auf städtischer Ebene sein.

Referenzen:

- Autorengruppe Corona-KiTa-Studie (2021). 4. Quartalsbericht der Corona-KiTa-Studie II/2021. DJI. München
- Becker, Anna / Böcker, Nina / Jähn, Steffen / Willim, Jannis (2021) Urban Governance in der Coronakrise – Kooperation und Engagement im digitalen Wandel. In: vhw-WerkSTADT (im Erscheinen)
- Bizim Kiez (2021) Ein Kiez für sein Krankenhaus: Bizim Kiez an der Seite der Beschäftigten im Urban. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.bizim-kiez.de/blog/2021/06/16/ein-kiez-fuer-sein-krankenhaus-seite-an-seite-mit-den-organisierten-beschaeftigten-im-urban/>
- BMAS – Bundesministerium Arbeit und Soziales (2021) Lebenslagen in Deutschland - Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Bericht/Der-sechste-Bericht/Der-Bericht/der-bericht.html>
- Böhme, René & Prigge, Rolf (2015) Soziale Infrastruktur und Teilhabechancen: Ansätze zur Analyse der Kindertagesbetreuung und des ganztägigen Lernens in Bremen. In: Reihe Arbeit und Wirtschaft Nr. 11, Institut Arbeit und Wirtschaft Universität Bremen & Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen
- Bundesagentur für Arbeit (2021) Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Auswirkungen der Corona-Krise. Februar 2021. Nürnberg
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2021) Karliczek: „Bis zu zwei Milliarden Euro Aktionsprogramm, um die Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche abzumildern“. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.bmbf.de/de/karliczek-bis-zu-zwei-milliarden-euro-aktionsprogramm-um-die-folgen-der-corona-krise-fuer-14306.html>
- Demirovic, Alex & Becker, Lia (2020) Gelockert in eine neue Normalität der Krise? Überlegungen zu einer emanzipatorischen Pandemiebekämpfung. In: Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gelockert-in-eine-neue-normalitaet-der-krise/>
- Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2021) #goodnews: Gute Beispiele aus der deutschen Bildungslandschaft. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.dkjs.de/aktuell/meldung/news/goodnews-gute-beispiele-aus-der-deutschen-bildungslandschaft/>
- Deutsche Krankenhausgesellschaft (2021) Coronavirus: Fakten und Infos – Aktuelles. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.dkgev.de/dkg/coronavirus-fakten-und-infos/>
- Deutscher Städtetag (2020) Ein städtischer Blick auf die Zukunft der sozialen Absicherung. Online zuletzt abgerufen am 28.06.2021 unter: <https://www.staedtetag.de/positionen/beschluesse>
- Dörre, Klaus (2020) Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. In: Berliner Journal für Soziologie 30 (2020). S: 165 – 190
- Eickelmann, Birgit & Drossel, Kerstin (2020) Schule auf Distanz - Perspektiven und Empfehlungen für den neuen Schulalltag - Eine repräsentative Befragung von Lehrkräften in Deutschland. Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.) Düsseldorf
- Faller, Bernhard / Wilmsmeier, Nora / Beyer, Colin / Steinbach, Franziska / Ritter, Jennifer (2021) Soziale Wohnungspolitik auf kommunaler Ebene. In: vhw-Schriftenreihe 25. Berlin
- Forbes (2021) Forbes' 35th Annual World's Billionaires List: Facts And Figures 2021. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.forbes.com/sites/kerryadolan/2021/04/06/forbes-35th-annual-worlds-billionaires-list-facts-and-figures-2021/?sh=36fb4625e587>

- Geis-Thöne, Wido (2020) Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung. Ergebnisse einer Auswertung des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP), IW-Report, Nr. 15/2020. Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Köln
- Heintze, Cornelia / Ötsch, Rainald / Troost, Axel (2020) Die Beschäftigungslücke in der sozialen Infrastruktur – Ungeddeckte Bedarfe für eine gute Versorgung mit öffentlichen und Gemeinwohlorientierten Dienstleistungen in Deutschland. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung. Studien 2/2020. Berlin
- ILO – International Labour Organization (2021) Slow jobs recovery and increased inequality risk long-term COVID-19 scarring. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_794834/lang--en/index.htm
- Lampert, Thomas (2010) Tabakkonsum, sportliche Inaktivität und Adipositas. In: Deutsches Ärzteblatt. Jg. 107. Heft 1 - 2. Januar 2010. S. 1 – 7
- Mallwitz, Gudrun (2021) Damit punkten Kommunen in der Corona-Krise. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://kommunal.de/aktionen-kommunen-corona>
- QBZ Morgenland (2020) Gröpelingen bildet aktuell. Die Bildungslandschaft in der Corona-Krise. Online zuletzt abgerufen am 30.06.2021 unter: <https://www.kultur-vor-ort.com/groepelingen-bildet-aktuell-die-bildungslandschaft-in-der-corona-krise/>
- Raffer, Christian & Scheller, Henrik (2021) KfW-Kommunalpanel 2021. KfW Research. Frankfurt / Main
- Rosa, Hartmut (2020) Pfadabhängigkeit, Bifurkationspunkte und die Rolle der Soziologie. Ein soziologischer Deutungsversuch der Corona-Krise. In: Berliner Journal für Soziologie 30 (2020). S. 191 – 213
- Schnur, Olaf / Krüger, Kirsten / Drilling, Matthias / Niermann, Oliver (2019) Quartier und Demokratie – eine Einführung. In: Schnur, O. / Drilling, M. / Niermann, O. (Hrsg.) Quartier und Demokratie – Theorie und Praxis lokaler Partizipation zwischen Fremdbestimmung und Grassroots. Springer VS. Wiesbaden. S. 1 – 26
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (2020) Das SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen in Berlin – Zusammenhang mit Soziodemografie und Wohnumfeld. In: Kurz Informiert 2020/02. Berlin
- Vollmer, Lisa (2017) Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus Über den Kongress „Fearless Cities“, Barcelona 10./11. Juni 2017. In: Sub/Urban. Band 5, Heft 3. S. 147 – 156
- Welti, Felix (2020) Das deutsche Gesundheitswesen im Lichte der Corona-Krise. In: SPW – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 2/2020. S. 38 – 44